

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.  
Jahrgang Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontonummer: Dresden 1533  
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 12.

Freitag, 15. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kassen. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Summe des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Druckerschrift-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Klammereile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Preise Taxif. Demüthiger Rabatt: erstlich, wenn der Vertrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle bösser Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verfertigungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Canger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktionen: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Innerpolitische Gegensätze um das Kabinett Luther.

au. Berlin. Die Verhandlungen Dr. Luthers zur Bildung einer Regierung der Mitte haben sich infolgedessen ziemlich schwierig gestaltet, als das Zentrum und die Demokraten sachliche Forderungen hinsichtlich des neuen Regierungsprogramms gestellt haben, die zu lebhaften Auseinandersetzungen über den künftigen Regierungsverlauf führten. Als Dr. Luther die Absicht kundgab, seinem Kabinett den Charakter einer „neutralen“ Regierung der Mitte beizulegen, wurde er von den Führern des Zentrums vor die Frage gestellt, ob er der Meinung sei, im gegenwärtigen Stadium hochspannter politischer Gegensätze irgendwelche parlamentarischen Bildungen vermeiden zu können. Diese Frage wurde von Dr. Luther ziemlich eindeutig bejaht, indem der Kanzler darauf hinwies, daß er weder nach rechts noch nach links hin seine Unabhängigkeit gewahrt zu wissen wünsche. Damit wäre an sich der erste Zwischenfall beseitigt gewesen, wenn nicht die Erörterungen über das Programm der neuen Regierung zu der Feststellung geführt hätten, daß die Auffassungen Dr. Luthers über die künftigen politischen Aufgaben in einigen Punkten sehr wesentlich von der Grundanschauung des Zentrums abwichen. Da Dr. Luther in den letzten Wochen seine Kräfte zur Bildung des Kabinetts sorgfältig vorbereitet hatte, war er in der Lage, den Parteiführern ein sehr ausführliches und bis in alle Einzelheiten ausgearbeitetes Programm vorzulegen, das er als die Grundlage des künftigen Regierungsprogramms bezeichnete. Wie in den parlamentarischen Kreisen verlautet, soll das Programm Dr. Luthers jedoch sowohl bei den Demokraten, als auch bei dem Zentrum in vielen Punkten auf lebhaften Widerspruch gestoßen sein. Bei der Zentrumspartei machte sich infolgedessen das Bestreben geltend, eine unmittelbare Beteiligung an dem Kabinett Luther abzulehnen und vorläufig nur dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns die Vollmacht zu erteilen, als Vertrauensmann seiner Partei der Regierung anzugehören. Das Vorgehen des Zentrums läßt auf die Demokraten einen so nachhaltigen Eindruck aus, daß auch diese Partei es für notwendig hielt, bestimmte politische Garantien von Dr. Luther zu fordern.

Die Lage der Dinge läßt sich gegenwärtig so kennzeichnen, daß die Mittelparteien lebhaft unter dem Druck der verworrenen parlamentarischen Situation berechtigt sind, den Kanzler in der Bildung der neuen Regierung zu unterstützen, und daß sie in der inneren Politik ein Mindestmaß grundsätzlicher Forderungen erfüllt sehen wollen, ehe sie ihre endgültige Zustimmung geben. Aus diesem Grunde hat sich Dr. Luther bereitfinden müssen, den Mittelparteien weitgehende Konzessionen zu machen, und trotzdem hat es den Anschein, daß noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden sind. Die Deutsche Volkspartei konstatiert mit steigendem Unbehagen die Widerstände, die sich bei den Mittelparteien gegen die Person Dr. Luthers geltend machen und sieht sich immermehr genötigt, aus ihrer bisherigen Reserve herauszutreten, um zu verhindern, daß die Führung der Verhandlungen ausschließlich in die Hände des Zentrums und der Demokraten übergehen. Trotz dieser unaufrichtigen Zwischenfälle haben die Bemühungen Dr. Luthers im Laufe des Donnerstags sehr wesentliche Fortschritte gemacht, so daß die Fertigstellung eines Kabinetts als gesichert angesehen werden darf.

## Die Oppositionsstellung der Deutschnationalen.

au. Berlin. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat in ihrer Entscheidung keinen Zweifel daran gefaßt, daß sie entschlossen ist, entsprechend ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Locarnovertrag und gegen den Völkerbund die Außenpolitik eines neuen Kabinetts Luther sachlich scharf zu bekämpfen. Wie wir aus deutschnationalen Kreisen erfahren, will sich die deutschnationale Fraktion der Mitarbeit an den gesetzgeberischen Aufgaben einer neuen Regierung nicht entziehen, aber sie dürfte an ihrer grundsätzlich oppositionellen Einstellung nicht das Mindeste ändern. Infolgedessen könnte von einer Anlehnung Dr. Luthers an die Rechte nicht die Rede sein, solange sich die neue Regierung ihren Kurs durch diejenigen Parteien vorschreiben läßt, die für die Außenpolitik des letzten Jahres verantwortlich sind.

## Zur Regierungsbildung.

Berlin. (Funkpruch.) Die Besprechungen des Reichstagskanzlers Dr. Luther mit den Parteiführern wurden, wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger erzählt, um 1 Uhr nachm. unterbrochen und auf 5 Uhr vertagt. Wie das Nachrichtenbüro weiter führt, bestehen noch Schwierigkeiten wegen der Belegung des Innenministeriums, auf das mehrere Parteien Anspruch erheben. Vor der Wiederaufnahme der Besprechungen versammeln sich noch die Fraktionen, um ihrerseits zu der Lage Stellung zu nehmen.

## Graf Ranitz verzichtet.

Berlin. (Funkpruch.) Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger erzählt, hat Graf Ranitz in einem Schreiben an den Reichstagskanzler Dr. Luther diesen gebeten, von seiner Wiederberufung in ein neues Kabinett abzusehen.

## Die Wirtschaftl. Vereinigung zur Regierungsbildung.

au. Berlin. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung nahm gestern abend in einer Sitzung zur Regierungsbildung Stellung. Ihre Haltung zu der Regierung Dr. Luthers mit der Kabinettsbildung brachte sie in folgender Weise zum Ausdruck: Durchdrungen von der Notwendigkeit, möglichst bald wieder eine verantwortliche Regierung zu haben, widerspricht die Wirtschaftliche Vereinigung der Bildung des Kabinetts Luthers nicht. Sie ist aber nicht in der Lage, sich an diesem Kabinett zu beteiligen, und wird ihm gegenüber in sachlicher, aber nicht grundsätzlicher Opposition stehen. Die Fraktion behält also völlige Unabhängigkeit für ihre Einstellung zu den jeweils auftretenden Fragen.

## Die finanzielle Lage der Deutschen Reichsbahn.

Das erste Geschäftsjahr der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft umfaßte die fünfzehn Monate v. 1. Oktober 1924 bis zum 31. Dezember 1925. Diese Regelung soll dazu überleiten, daß Geschäftsjahr und Kalenderjahr zusammenfallen. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft und des Reparationsjahres, das vom 1. September bis zum 31. August läuft, überschneiden sich. Auf das erste Geschäftsjahr der Reichsbahn entfallen daher nicht nur die Kosten des ersten Reparationsjahres mit 200 Millionen RM, sondern auch die Kosten der ersten 4 Monate des zweiten Reparationsjahres mit rund 300 Millionen RM, so daß an den Reparationsausgaben 500 Millionen RM abgeführt werden mußten. Zu diesen Zahlungen, die sich nur auf die Binnenschiffung für die 11 Milliarden Reparations-Schuldverschreibungen beziehen, tritt die Ausgleichsdrücklage zur Sicherung des Dienstes dieser Schuldverschreibungen mit 3 Prozent der Betriebseinnahmen, also im Geschäftsjahr 1925 rund 112 Millionen RM. Die Reparationskosten der Reichsbahn betragen also 612 Millionen. Da das zweite Reparationsjahr, 1. Sept. 1925 bis 31. Aug. 1926, mit 505 Millionen und das dritte Reparationsjahr 1926/27 mit 550 Millionen für die Reparations-Schuldverschreibungen belastet sind, beträgt die Zahlung der Reichsbahn in 1926 an den Reparationsausgaben 550 Millionen. Der Betrag für 1925 betrug im Durchschnitt auf 12 Monate berechnet 320 Millionen, steigert sich also jetzt im Jahr um 200 Millionen. Dazu kommt wieder die Ausgleichsdrücklage mit 90 Millionen sowie die Vorausdividende für die dem Reich gefällig zu zahlenden Vorausdividenden, die in diesem Jahre nur für ein halbes Jahr fällig wird, mit 175 Millionen. Die gesamte Reparationsbelastung 1926 beträgt daher rund 600 Millionen.

Zu der Steigerung der Reparationslast kommt noch eine weitere Reihe von Mehrbelastungen. Die Erhöhung der Beamteneinkünfte und der Arbeiterlöhne vom Dezember 1924 erfordert jährlich 120 Millionen, die allgemeine Löhnerhöhung vom März 1925 82 Millionen. Die Erhöhung von Grundlöhnen und Ortszulagen vom September 1925 24 Millionen, die im Dezember 1925 beschlossene Notzulage auf die Beamten 23 Millionen. Weitere einzelne Personalverbesserungen (Wohnungsgeld-Zuschuß, Reise- und Umzugskosten, Erhöhungen der Ortszulagen für Arbeiter, Veränderung des Personalabbaus) erfordern weitere 50,1 Millionen, die Verbesserung der Sozialversicherung bringt eine Mehrbelastung von 26 Millionen. Insgesamt beträgt die Jahresmehrbelastung an Personalkosten demnach 300 Millionen. Die Pensionlast von 1913 mit 114 Millionen gleich 8,4 Prozent der persönlichen Ausgaben ist bis 1925 auf 395 Millionen gleich 16,2 Prozent gestiegen, insbesondere dadurch, daß die Reichsbahn nach dem Kriege einen großen Teil der zurückflutenden Soldatenmassen aufnehmen mußte.

Auch die sachlichen Ausgaben weisen erhebliche Steigerungen auf. Die Kosten für Bauten und Beschaffungen sind im einzelnen bis zu 48 Prozent gestiegen. Allen diesen Kostensteigerungen stehen auf keinem Gebiete Preisfestsetzungen gegenüber, die geldlich irgendwie ins Gewicht fallen. Die Deckung der Mehrbelastung war 1925 dadurch möglich, daß die Reichsbahn sehr vorsichtig wirtschaftete und an Unterhaltungs- und Erneuerungsbetrieben sowie an Neuanlagen sich aufs äußerste einschränkte. Der Kohlenverbrauch und der Ölverbrauch wurden vermindert. Die Personalverwendung wurde wirtschaftlich verbessert, insbesondere wurde die Verhältnismäßigkeit verbessert; die Einführung der Abrechnung unter den Reichsbahnbetrieblern ermöglichte die Aufstellung von Gewinn- und Verlustrechnungen und Bilanzen für die Reichsbahndirektionen.

Auf der Einnahmeseite trat nur eine Erhöhung der Personentaxi von etwa 10 Prozent im April und Mai 1925 ein. Bei den Gütertarifen wurde eine große Reihe von Ausnahmetarifen eingeführt. Die Mehrbelastungen konnten 1925 gedeckt werden, da der Verkehr sich allmählich entwickelte, besonders der Personenverkehr in der Reisezeit. Seit Anfang November aber läßt der Personen- und Güterverkehr nach, im November und Dezember zeigte gegenüber den erwarteten Bruttoeinnahmen täglich ungefähr eine Million RM. Die Deckung wird voraussichtlich in Zukunft nicht unerhebliche Schwierigkeiten machen.

## Deutscher Reichstag.

au. Berlin, den 14. Januar 1926.  
Präsident Loeb eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 30 Min. Die Reichsdienststrafordnung wird dem Reichstagsausschuß überwiesen.

## Darauf wird die erste Lesung der Vorlage zum Reichsnapphchäftsgezet fortgesetzt.

Abg. Annum (Dnat.) rühmt das Annapphchäftsgezet, das auf gutem, christlichen Geist aufgebaut sei. Die Bevölkerung an der Ruhr und im Siegerland verfolge mit Spannung das Schicksal dieses Gesetzes, das tief in das Leben des einzelnen einschneide. Ein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes sei am Bergbau beteiligt. In den Annapphchäftsvereinen sind nicht weniger als 500 000 Personen vereinigt. Es müßte ein großes Geschäft werden, das den berechtigten Wünschen der Arbeitnehmer und der Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber Rechnung trägt.

Abg. Dr. Moldenhauer (DVP.) hält daran fest, daß für die Bergarbeiter eine besondere Versicherung bestehen bleibt, die über die allgemeine Versicherung hinausgeht, und zwar wegen der besonderen Gefahren im Bergbau. Die Allgemeinheit habe ein Interesse daran, daß ein gut ausgebildeter Bergarbeiterhand vorhanden ist. Man dürfe nicht Einrichtungen verhindern, die seit Jahrhunderten bestehen und sich bewährt haben. Die jetzt schon schwere Belastung des Bergbaues dürfe nicht unnötig gemacht werden. Von einer Minderhaftigkeit des deutschen Bergbaus könne man nicht sprechen. Die Einstellung moderner Maschinen habe immer mehr zugenommen. Man müsse zu sparen versuchen, ohne Kleinigkeit zu verlieren.

Abg. Schwan (Komm.) behauptet, die Lage der Bergarbeiter sei von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Mit verminderten Arbeitskräften wurde man durch das Annapphchäftsgezet die Produktion zu steigern. Die Folge sei die Zunahme der Unfälle im Bergbau. Der Ruhrbezirk hatte im letzten Jahre 27 Tote, die Zerstörungsrichter sei ungeheuer gestiegen.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) hält die Aufrechterhaltung der eigenen sozialen Versicherung im Bergbau für erforderlich. Die Vorlage bringe Verbesserungen. Unnötige Belastungen der Versicherung müssen vermieden werden, da sie ja auch die Versicherer belasten. Der Redner fragt, in welcher Weise die Angehörten im Bergbau dafür entschädigt werden sollen, daß sie zwei Jahre lang Doppelbeiträge an die Annapphchäfts- und an die Reichsversicherungsanstalt für Angehörte gezahlt haben. Bei der Belegung der Selbstverwaltungskommissionen müßte den Angehörten eine besondere Vertretung zuerbilligt werden.

Abg. Siedhe (DVP.) warnt vor einer Verflüchtigung der Rechte der Versicherer.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bekräftigt, daß an dem bisherigen Rückzahlungskommen der Familienrentenpflege das Arbeitsministerium schuld sei. Jetzt werde die Pflichtleistung eingeleitet.

Die Vorlage wird darauf dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich.  
Freitag 2 Uhr: Anträge aller Parteien über die Hochwasserbeschäden, Erwerbslosenfürsorge.  
Schluß 5 Uhr.

## Reichstagsauschluß für das Bildungswesen.

Berlin. (Funkpruch.) Der Reichstagsausschuß für das Bildungswesen beschäftigte sich heute Freitag mit der Eingeleitung des Gesetzentwurfs zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzdrillen. Von deutschnationaler Seite wurde die Möglichkeit einer vorläufigen Verfügung verlangt, durch die ev. verhindert werden soll, daß eine Schrift, deren Verbot zu erwarten ist, von der Zeit ihrer Verbotgefährdung an bis zum endgültigen Gerichtsentscheid durch den Verleger noch weiter vertrieben werden kann. Weiter wurde der Wunsch geäußert, in dieser wichtigen Frage im allgemeinen die Rechte der Einzelstaaten zu wahren. Im übrigen drehte sich die Debatte um die Frage, ob Reichs- oder Landesstellen zur Beurteilung der Schriften eingesetzt werden sollen, ob die Antragstellung eingeschränkt werden könnte und ob und wie es möglich sei, gegebenenfalls eine auf der Liste stehende Schrift wieder herunterzubringen.

## Ausgaben für die amerikanische Marine.

Washington. Der Finanzausschuß des Repräsentantenhauses empfahl gestern die Ausgabe von 18 674 000 Dollar für die Marineflottilla. Dies bedeutet eine Mehrausgabe von 8 693 000 Dollar für die bisher angewiesenen Gelder. Der Ausschuß empfahl ferner die Anweisung von 5 982 000 Dollar für Kanalverbesserungen in Pearl Harbour auf Hawaii und 4 800 000 Dollar für Verbesserung der dortigen Unterlebens-Basis. Insgesamt sind für die Flotte 31 941 000 Dollar angewiesen worden, d. h. 18 556 000 Dollar mehr als in dem letzten Gesetz.

## Wiederbeginn der Kämpfe in China.

Paris. Aus Peking wird seitlich United Press gemeldet, daß General Bishinglin den Vormarsch auf Tientsin angetreten hat. Es soll schon ein erheblicher Kampf stattgefunden haben.